

BR/GT I/117 d/71

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

REGIERUNGSKONFERENZ
UEBER DIE EINFUEHRUNG
EINES EUROPÄISCHEN
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Luxemburg, den 16. September 1971
BR/GT I/117/71

- Sekretariat -

ARBEITS GRUPPE I

ARBEITSUNTERLAGE

ZWEITER VORENTWURF EINES UEBEREINKOMMENS
UEBER EIN EUROPÄISCHES PATENTERTEILUNGSVERFAHREN

Artikel 19
23
28 a
28 b
40
57
116
135
143
151
152
153

ERSTER VORENTWURF EINER AUSFUEHRUNGSORDNUNG

Nummer 1 zu Artikel 23
Nummer 1 zu Artikel 28 a
Nummer 2 zu Artikel 53
Nummer 2 a (neu) zu Artikel 53
Nummer 1 zu Artikel 62
Nummer 2 zu Artikel 62
Nummer 1 zu Artikel 115
Nummer 1 zu Artikel 143
Nummer 7 zu Artikel 145

(Vom Redaktionsausschuss ausgearbeitete Texte)

Artikel 19

Rechte aus der europäischen Patentanmeldung nach Veröffentlichung

(1) unverändert gegenüber dem gedruckten
Zweiten Vorentwurf eines Uebereinkommens - 1971

(2) Jeder Vertragsstaat kann mit Wirkung für sein Hoheitsgebiet vorsehen, dass die europäische Patentanmeldung keinen Schutz gemäss Artikel 18 gewährt. Der Schutz, der mit der Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung verbunden ist, darf jedoch keine falls geringer sein als der Schutz, der sich aufgrund der Rechtsvorschriften des betreffenden Staats aus der obligatorischen Veröffentlichung der ungeprüften nationalen Patentanmeldungen ergibt. Zumindest hat jeder Vertragsstaat vorzusehen, dass der Anmelder von demjenigen, der den Gegenstand der Anmeldung in diesem Vertragsstaat unter Voraussetzungen benutzt hat, die nach dem nationalen Recht im Falle der Verletzung eines nationalen Patents sein Verschulden begründen würden, eine nach den Umständen angemessene Entschädigung verlangen kann.

(3)) unverändert gegenüber dem gedruckten
(
(4)) Zweiten Vorentwurf eines Uebereinkommens - 1971
(
(5))

Artikel 23

Rechtsübergang der europäischen Patentanmeldung

(1) unverändert gegenüber dem gedruckten
Zweiten Vorentwurf eines Ueberein-
kommens - 1971

(2) Jeder Rechtsübergang der europäischen Patentanmeldung wird auf Antrag eines Beteiligten in das europäische Patentregister eingetragen, wenn das Original oder eine beglaubigte Abschrift des Uebertragungsvertrags oder der öffentlichen Urkunden, aus denen sich der Rechtsübergang ergibt, oder zur Feststellung des Rechtsübergangs ausreichende Auszüge aus dem Vertrag oder den Urkunden vorgelegt werden. Der Antrag gilt erst als gestellt, wenn die in der Gebührenordnung zu diesem Uebereinkommen vorgeschriebene Gebühr entrichtet worden ist.

(3) unverändert gegenüber dem gedruckten
Zweiten Vorentwurf eines Ueberein-
kommens - 1971

(4) Jeder Rechtsübergang wird dem Europäischen Patentamt gegenüber erst nach Erhalt der in Absatz 2 genannten Unterlagen und nur in dem Umfang wirksam, in dem er sich aus diesen Unterlagen ergibt.

Artikel 28 a

Eintragung von Lizenzen und anderen Rechten an der europäischen
Patentanmeldung in das europäische Patentregister

Die Aenderung dieses Artikels betrifft nur den englischen
Text.

Artikel 28 b

Sonderregelung für Vertragsstaaten eines besonderen Uebereinkommens

Die Aenderung dieses Artikels betrifft nur den englischen Text.

Artikel 40

Haftung

- (1) unverändert gegenüber dem gedruckten
Zweiten Vorentwurf eines Ueberein-
kommens - 1971

(2) Im Bereich der ausservertraglichen Haftung ersetzt das Europäische Patentamt den durch seine Bediensteten in Ausübung ihrer Amtstätigkeit verursachten Schaden nach dem Recht des Staats, in dem das Europäische Patentamt seinen Sitz hat, es sei denn, der Schaden ist durch Bedienstete verursacht worden, die einer in Artikel 33 Absatz 2 vorgesehenen Dienststelle angehören; in diesem Fall ist das Recht des Vertragsstaats anzuwenden, in dem sich diese Dienststelle befindet.

- (3) unverändert gegenüber dem gedruckten
Zweiten Vorentwurf eines Ueberein-
kommens - 1971

(4) Für die Regelung der Streitigkeiten nach den Absätzen 1 und 2 sind folgende Gerichte zuständig:

- bei Streitigkeiten nach Absatz 1 die Gerichte des Staats, in dem das Europäische Patentamt seinen Sitz hat, sofern in dem von den Parteien geschlossenen Vertrag kein anderes Gericht bestimmt worden ist;
- bei Streitigkeiten nach Absatz 2, je nach Lage des Falles, entweder das zuständige Gericht des Staats, in dem das Europäische Patentamt seinen Sitz hat, oder das zuständige Gericht des Staats, in dem sich die Dienststelle befindet.

Artikel 57

Grosse Beschwerdekammer

(1) Die Grosse Beschwerdekammer ist zuständig:

- a) für die Entscheidungen über Rechtsfragen, die ihr von den Beschwerdekammern vorgelegt werden;
- b) für die Abgabe von Stellungnahmen zu Rechtsfragen, die ihr vom Präsidenten des Europäischen Patentamts nach Massgabe des Artikels 116 vorgelegt werden.

(2) Die Grosse Beschwerdekammer beschliesst in der Besetzung von sieben Mitgliedern:

- fünf rechtskundigen Mitgliedern, von denen eines den Vorsitz übernimmt;
- zwei technisch vorgebildeten Mitgliedern.

Artikel 116

Entscheidung oder Stellungnahme der Grossen Beschwerdekammer
in bestimmten Rechtsfragen

(1) Zur Sicherung einer einheitlichen Rechtsanwendung oder wenn sich eine Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung stellt,

- a) befasst die Beschwerdekammer, bei der ein Verfahren anhängig ist, die Grosse Beschwerdekammer, sofern hierzu eine Entscheidung erforderlich ist;
- b) kann der Präsident des Europäischen Patentamts der Grossen Beschwerdekammer eine Rechtsfrage vorlegen, wenn zwei Beschwerdekammern über diese Frage voneinander abweichende Entscheidungen getroffen haben.

(2) unverändert gegenüber dem gedruckten
Zweiten Vorentwurf eines Ueberein-
kommens - 1971

ACHTER TEIL
GEMEINSAME VORSCHRIFTEN FÜR DAS
VERFAHREN VOR DEM
EUROPÄISCHEN PATENTAMT

KAPITEL I
Allgemeine Vorschriften für das Verfahren

Artikel 135

Ausschliessung und Ablehnung

- | | | |
|-----|---|--------------------------------------|
| (1) |) | |
| (2) | (| unverändert gegenüber dem gedruckten |
| (3) |) | Zweiten Vorentwurf eines Ueberein- |
| | (| kommens - 1971 |
| |) | |

(4) Die Beschwerdekammern und die Grosse Beschwerdekammer entscheiden in den Fällen der Absätze 2 und 3 ohne die Mitwirkung des betroffenen Mitglieds.

- 9 -

Artikel 143

Aufgebot

- gestrichen -

BR/GT I/117 d/71 bm

KAPITEL III

KOSTEN UND ZWANGSVOLLSTRECKUNG

Artikel 151

Kosten im Einspruchsverfahren

- (1) Aenderung betrifft nicht den deutschen Text.
- (2))
 (
) unverändert gegenüber dem gedruckten Zweiten
) vorentwurf eines Uebereinkommens - 1371
- (3) (
)

Artikel 152

Vollstreckung von Kosten

Jede unanfechtbare Entscheidung des Europäischen Patentamts über die Festsetzung der Kosten des Verfahrens und über die Erhebung einer Geldbusse wird in jedem Vertragsstaat in bezug auf die Vollstreckung wie ein rechtskräftiges Urteil eines Zivilgerichts des Staats behandelt, in dessen Hoheitsgebiet die Vollstreckung stattfindet. Eine Ueberprüfung dieser Entscheidung darf sich lediglich auf ihre Echtheit beziehen.

KAPITEL IV

VERTRETUNG

Artikel 153

Berufsmässiger Vertreter

Die Aenderung betrifft nur den französischen Text.

Z Artikel 23

Nummer 1

Prüfung des Antrags auf Eintragung des Rechtsübergangs

Die Aenderung dieses Artikels betrifft nur den englischen Text.

Zu Artikel 23 a

Nummer 1

Prüfung des Antrags auf Eintragung oder Löschung einer Lizenz
oder eines dinglichen Rechts

Die Aenderung dieses Artikels betrifft nur den englischen
Text.

Zu Artikel 53

Nummer 2

Geschäftsverteilung auf die Beschwerdekammern
und Bestimmung deren Mitglieder

(1) Vor Beginn eines jeden Geschäftsjahrs werden die Geschäfte auf die Beschwerdekammern verteilt und die ständigen Mitglieder der einzelnen Beschwerdekammern und ihre Vertreter bestimmt. Jedes Mitglied einer Beschwerdekammer kann zum Mitglied mehrerer Beschwerdekammern bestimmt werden. Falls erforderlich, können diese Anordnungen im Laufe des Geschäftsjahrs geändert werden.

- | | | |
|-----|---|--|
| (2) | (| unverändert gegenüber dem gedruckten |
| (3) |) | Ersten Vorentwurf einer Ausführungsordnung |
| | (| - 1971 |

Zu Artikel 53

Nummer 2 a (neu)

Bestimmung der Mitglieder der Grossen Beschwerdekammer

Das in Artikel ... (Nummer 2 zu Artikel 53) Absatz 2 genannte Präsidium bestimmt vor Beginn eines jeden Geschäftsjahrs unter den Personen, die der Grossen Beschwerdekammer angehören, die ständigen Mitglieder und ihre Vertreter.

Zu Artikel 62

Nummer 1

Verkehr des Europäischen Patentamts mit Behörden der Ver-
tragsstaaten

Die Aenderung betrifft nicht den deutschen Text.

Zu Artikel 62

Nummer 2

Akteneinsicht durch Gerichte und Staatsanwaltschaften der
Vertragsstaaten

Die Aenderung betrifft nicht den deutschen Text.

Zu Artikel 115

Nummer 1

Form der Entscheidung der Beschwerdekammer

(1) Die Entscheidung ist vom Vorsitzenden der Beschwerdekammer und von dem Beamten des Europäischen Patentamts, der die Sekretariatsgeschäfte der betreffenden Beschwerdekammer wahrnimmt, zu unterschreiben.

(2) unverändert gegenüber dem gedruckten Ersten Vorentwurf einer Ausführungsordnung - 1971

- 20 -

Zu Artikel 143

Nummer 1

Aufgebot

- gestrichen -

Zu Artikel 145

Nummer 7

Unterbrechung des Verfahrens

- (1))
(unverändert gegenüber dem gedruckten Ersten
) Vorentwurf einer Ausführungsordnung - 1971
(2) (

(3) Die am Tag der Unterbrechung für den Anmelder oder Patentinhaber laufenden Fristen, mit Ausnahme der Frist zur Stellung des Prüfungsantrags und der Frist für die Entrichtung der Jahresgebühren, beginnen an dem Tag von neuem zu laufen, an dem die Mitteilung nach Absatz 2 zugestellt wird. Erfolgt diese Mitteilung später als zwei Monate vor Ablauf der Frist zur Stellung des Prüfungsantrags, so kann die nach Absatz 2 verfügberechtigten Personen einen Prüfungsantrag noch bis zum Ablauf von zwei Monaten nach der Mitteilung stellen.

- (4) unverändert gegenüber dem gedruckten Ersten
Vorentwurf einer Ausführungsordnung - 1971